bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 02 | 19. Januar 2007

Rechte Szene 2

Schlammschlacht
Hauen und Stechen in der Hamburger NPD – der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Peter Marx ist jetzt als Schiedsrichter eingesetzt.

Kampf gegen „Multi Kulti“
Die „Bürgerbewegung pro Köln“ will ihr Erfolgsrezept einer lokal verankerten Rechtsaußenfraktion in andere Städte exportieren.

„Todfeind der Völker“
Proteste gegen den G8-Gipfel – auch die NPD will als „Anti-Globalisierungspartei“ dabei sein.

Netter Schwiegersohn
Die NPD expandiert im Kreis Düren.

Ausland 5

Kräftebündelung
Die extreme Rechte schließt sich zusammen.

Grauzone 6

Gemeinnütziges Wirken
In der Schulungsstätte „Collegium Humanum“ geben sich Rechtsextremisten aller Schattierungen ein Stelldichein.

Demokratische Initiativen 7

„Verstörte Gesellschaft“
In der fünften Folge der „Deutschen Zustände“ zieht das Team um den Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer Zwischenbilanz: Menschenfeindlichkeit als Normalität.

Das Grauen erfahrbar machen
Video-Archiv des Shoa Foundation Institutes an der FU Berlin zur Dokumentation des Holocaust.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Die bedrohte Existenz
Ein Museum für den couragierten Lebensretter Otto Weidt in seiner früheren Bürstenfabrik.

Tage der Erinnerung
Im Jahr 1947 wurden wichtige Prozesse wegen nationalsozialistischer Verbrechen in Nürnberg sowie in Bratislava und Warschau geführt – einige verurteilte NS-Schergen endeten am Galgen.

Meldungen 12

Rechte Szene

Schlammschlacht

Hauen und Stechen in der Hamburger NPD – der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Peter Marx ist jetzt als Schiedsrichter eingesetzt.

Der komplette Hamburger NPD-Landesvorstand ist am 4. Januar zurückgetreten. Seitdem toben Personal- und Machtspiele über den künftigen Weg der Partei in der Hansestadt, die aber auch Dimensionen annehmen könnten, dass es nicht nur bei einem regionalen Flächenbrand bleibt. Erstmals hat jetzt der NPD-Bundesvorstand ein Machtwort zu den Querelen gesprochen und den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Peter Marx quasi als Schiedsrichter „bestellt“. Er soll Neuwahlen für den Landesvorstand vorbereiten. Ein Termin dafür wurde seitens der NPD-Spitze in Berlin nicht genannt, während in Hamburg vom 18. Februar dieses Jahres die Rede ist.

Seit mehreren Monaten versuchen offenbar NPD-Kräfte in Hamburg, aber auch Personen aus der freien Kameradschaftsszene, Einfluss auf die Parteiarbeit der Nationaldemokraten zu gewinnen. Das eskalierte nun bei einer Landesvorstandssitzung mit einem versuchten Putsch. Vorstandsmitglied Thorsten de Vries, einst Kameradschaftsführer in Wilhelmshaven, der seit längerer Zeit nunmehr aber in Hamburg lebt, hat sich mit der seit November 2005 agierenden Landesvorsitzenden Anja Zysk überworfen. Das Zerwürfnis mündete sogar darin, dass er ihr offenbar mit Gewalt drohte, dies behauptete jedenfalls die 36-Jährige. Sie soll jetzt sogar gerichtlich einen Beschluss erwirkt haben, der es de Vries verbietet, sich ihr näher als 50 Meter zu nähern, berichtet das rechtsextreme Internet-Portal Störtebeker-Netz.

Bei besagter Januar-Sitzung bezog auch der in Mecklenburg-Vorpommern lebende Ex-Hamburger Thomas Wulff Stellung gegen Zysk. Er stärkt den Neonazi-Rechtsanwalt Jürgen Rieger, der Gerüchten zufolge in Hamburg als möglicher neuer Landesvorsitzender der Partei inthronisiert werden soll. Als banaler Streitpunkt, der das Fass zum Überlaufen brachte, erwies sich eine von Zysk im NPD-Namen in die Wege geleitete Demonstration am 10. Februar gegen einen Moschee-Bau im Hamburger Stadtteil Bergedorf. Rieger und Co. lehnen es ab, öffentlich Position gegen den Islam – ein möglicher Partner für Zweckbündnisse – zu beziehen. Es war aber wohl schon länger ein schwelender Streit gegen die Vorsitzende und ihren Vertreter Martin Dembowsky in Gang, wie Zysk zugab. Dembowsky wurde vorgeworfen, Mitglied einer Freimaurer-Organisation zu sein (bnr berichtete). Es könne nicht hingenommen werden, dass er mit „feindlichen Kräften kollaboriere“, wurde ihm vorgehalten. Auch diesbezüglich war de Vries wohl die federführende Person, die gegen Dembowsky Stimmung machte und offen drohte. Nach dem eskalierten Streit sah der Landesvorstand keinen anderen Ausweg und trat geschlossen zurück. Die offizielle NPD-Homepage des Landesverbandes (cirka 180 Mitglieder) wurde abgeschaltet, als Zysk die Vorgänge publik machte. Ausgerechnet der führende „Freie Nationalist“ Christian Worch richtete Zysk kurzzeitig eine neue Website ein, auf der sie mit öffentlichen Erklärungen den Konflikt weiter nach außen trug. Diese Seite ist inzwischen aber nicht mehr abrufbar.

Parteiausschlussverfahren gegen die Ex-Landeschefin

Der Bundesvorstand hat nach einer Zusammenkunft verbreitet, dass er gegen Anja Zysk ein Parteiausschlussverfahren einleiten möchte, da sie parteiinterne Vorgänge öffentlich gemacht habe. Gegen de Vries soll ebenfalls parteidisziplinarisch vorgegangen werden, weil er den Parteifrieden gestört habe. Von einem Ausschluss ist bei de Vries aber nicht die Rede. Die Kundgebung am 10. Februar wird auf der NPD-Internetseite des Bundes und auf der Partei-Landesseite – inzwischen wieder online – nicht mehr beworben. Auf überregionalen Neonazi-Seiten im Internet findet man vereinzelt noch Aufrufe dafür, so zum Beispiel auch beim NPD-Kreisverband Kiel-Plön. Andere Freie Kräfte rufen dagegen zum Boykott auf und bezeichnen Zysk als „verwirrte Frau“. Auf der Demonstration ist der Hamburger Christian Worch neben den beiden NPD-Funktionären aus Niedersachsen, Adolf Dammann und Hans-Gerd Wiechmann, vorgesehen.

Horst Freires

Kampf gegen „Multi Kulti“

Die „Bürgerbewegung pro Köln“ will ihr Erfolgsrezept einer lokal verankerten Rechtsaußenfraktion in andere Städte exportieren.

Der Jubel der „Bürgerbewegung pro Köln“ war groß an jenem 7. Dezember 2006. „Was für ein phänomenaler Erfolg“, jubelte ihr Vorsitzender Markus Beisicht: 20 000 Unterschriften habe die „Bürgerbewegung“ gegen den Bau einer Moschee im Stadtteil Ehrenfeld gesammelt – und das trotz „einer weitgehenden Medienblockade“. Genug, um ein Bürgerbegehren einzuleiten, einerseits. Andererseits: Ein Ergebnis, auf das sich bei folgenden Wahlen aufbauen lässt. Beisicht: „Wenn man sich vor Augen hält, dass im Jahr 2004 gerade einmal 16 500 Bürger pro Köln anonym in der Wahlkabine gewählt haben, lässt das für die politische Landschaft dieser Stadt in der Zukunft große Veränderungen erwarten!“ Die Stadt Köln hat ein rechtsextremes Problem.

Deutlich geworden war dies spätestens am Abend der Kommunalwahl im September 2004. 4,7 Prozent der Stimmen hatte pro Köln geholt und war mit vier Vertretern in den Rat eingezogen. Zur Fraktion stieß später noch der vormalige Republikaner Hans Martin Breninek hinzu. Unvorbelastet durch einen nicht stigmatisierten Parteinamen und in einer fünfköpfigen Fraktion, nicht als Einzelkämpfer, Politik zu machen, muss ihm attraktiv erschienen sein. Und das tut pro Köln im Kampf gegen „Klüngel, Kriminalität, Multi-Kulti und den links-liberalen Zeitgeist“ in einer Doppelstrategie: im Ratssaal und draußen in den Stadtteilen, zum Beispiel mit dem Instrument des Bürgerbegehrens.

„Pro Köln bekennt sich eindeutig zu den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, beteuert Beisicht, der einst bei den Republikanern und der Deutschen Liga für Volk und Heimat aktiv war. Tatsächlich agiert die Gruppierung zurückhaltender als in früheren Jahren. Vorbei die Zeiten, da man mit offen bekennenden Neonazis auf der Straße zu sehen war oder die Nähe der NPD suchte. Der NRW-Verfassungsschutz führt die Truppe auch in seinem Jahresbericht für 2005 in der Rubrik „Rechtsextremismus“ – allerdings mit einer im Vergleich zu 2004 zurückhaltenderen Formulierung: Es lägen „aktuelle tatsächliche Anhaltspunkte vor, die in ihrer Gesamtbetrachtung den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung begründen“. 2004 hatte der VS noch auf die engen Kontakte zum rechtsextremen Spektrum und auf die Ausländerfeindlichkeit der „Bürgerbewegung“ hingewiesen. Gegen diese Einschätzungen ging pro Köln vor Gericht, zog aber in der ersten Instanz im Oktober 2005 vor dem Verwaltungsgericht den Kürzeren.

Hoffnung schöpft pro Köln nun aus einem anderen, Anfang Januar veröffentlichten Urteil des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts. Die Richter entschieden, dass das NRW-Innenministerium das Zeitungsprojekt „nation24“ des pro-Köln-Schatzmeisters Manfred Rouhs nicht mehr als rechtsextrem einstufen darf. Dessen Kritik an multikultureller Gesellschaft, Globalisierung und Ausländerpolitik sei durch die Pressefreiheit gedeckt, befand das Gericht. Das Urteil enthalte Passagen, in denen „wesentliche politische Inhalte der Bürgerbewegung pro Köln – Kritik am Multi-Kulturalismus und an Großmoschee-Projekten – als demokratisch legitime Willensbekundungen bezeichnet“ würden, freute sich Beisicht.

Und noch an anderer Stelle führt die Beisicht/Rouhs-Truppe einen „Rechtskampf“ gegen den Verfassungsschutz. Beim Hamburger Verwaltungsgericht ist eine Klage der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ gegen den dortigen Landesverfassungsschutz anhängig. Der Hamburger VS hatte pro Deutschland als „rechtsextremistischen Zusammenschluss“ bezeichnet. Mit pro Deutschland soll das Kölner Erfolgsrezept einer lokal verankerten Rechtsaußenformation auf andere Städte übertragen werden. Rouhs fungiert als Vorsitzender: „In Köln werden wir die ersten Schritte tun, um den Niedergang Deutschlands aufzuhalten. Und dann reißen wir das Ruder herum! Wenn dann alle Deutschen künftig – hoffentlich – in Freiheit und Sicherheit leben, werden die Kölner voll stolz von sich sagen können: Bei uns hat es angefangen...“ Doch zunächst einmal müssen Rouhs & Co. daheim am Rhein ihre Hausaufgaben machen: Eine Auswertung der Listen gegen den Moscheebau habe ergeben, dass „höchstens 15 500 Unterschriften völlig korrekt und beanstandungsfrei abgegeben worden sind“, musste pro Köln zerknirscht einräumen. Vor dem Export des eigenen Erfolgsrezepts heißt es also erst einmal, erneut zum Unterschriftensammeln auszurücken.

Tomas Sager

„Todfeind der Völker"

Proteste gegen den G8-Gipfel – auch die NPD will als „Anti-Globalisierungspartei" dabei sein.

Der G8-Gipfel, der im Juni 2007 im Ostseebad Heiligendamm stattfinden soll, wirft seine Schatten voraus. Neben zahlreichen globalisierungskritischen Gruppen haben auch Rechtsextremisten Proteste angekündigt. So schreibt der Vorsitzende der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten Stefan Rochow in seiner Neujahrsbotschaft: „Ebenfalls wird die JN ihren Protest zum G8-Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern durch gezielte Aktionen zum Ausdruck bringen. Somit gibt es auch im Jahre 2007 kein Ausruhen für unsere Kameradinnen und Kameraden."

Etwas konkreter wurde da schon die Mutterpartei. Die NPD hat für den 2. Juni 2007 eine Demonstration gegen den G8-Gipfel in der Landeshauptstadt Schwerin angemeldet. Wie die Presseagentur epd meldet, soll das Motto der Demonstration „Nein zum G8-Gipfel – für eine Welt freier Völker" lauten. Die Anmelder hätten eine Teilnehmerzahl von 1 500 Personen angegeben. Außerdem soll die rechtsextreme Partei nicht näher spezifizierte weitere Aktionen mit antikapitalistischem Charakter gegen den G8-Gipfel planen.

Die NPD versucht sich hier nicht das erste Mal als „einzige authentische Anti-Globalisierungspartei" darzustellen, die sich gleichzeitig von den linken Globalisierungskritikern, die sie als linke Chaoten bezeichnet, abzugrenzen. Das hat die NPD allerdings in der Vergangenheit nicht daran gehindert, gelegentlich auch bei globalisierungskritischen Organisationen wie Attac für gemeinsame Ziele zu werben. Gut dokumentiert ist ein Auftritt von örtlichen NPD-Kadern bei einer Attac-Veranstaltung im nordrhein-westfälischen Hemer im Jahr 2002. „Die NPD konnte bei der Diskussion einmal ihre Standpunkte zum Thema Globalisierung vor einem Publikum äußern, welches gemeinhin als politischer Gegner der Nationaldemokraten gilt. Nach der Veranstaltung kam es dann auch zu Einzelgesprächen, wo, wenn auch hinter vorgehaltener Hand, Sympathien für die politischen Positionen der NPD geäußert wurden.", hieß es unter anderem in einer Pressemitteilung der NPD-Ortsgruppe Hemer. Die NPD vergaß auch nicht, ihre eigene Stoßrichtung herauszustellen. „Der stellvertretende NPD-Kreisvorsitzende, Stephan Haase, unterstrich ... dass eine 'gerechte' Gestaltung der Globalisierung 'wie von etablierten Parteien und Gewerkschaften gefordert' illusorisch sei, da diese automatisch zu Massenarbeitslosigkeit und sozialer Verelendung breiter Bevölkerungsteile, weltweit, führe. Die von den USA völkerrechtswidrig angezettelten Angriffskriege im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak bezeichnete Haase als Globalisierungskriege, welche von den imperialistischen USA mit dem alleinigen Ziel geführt wurden, die Weltherrschaft zu erlangen.", so die NPD.

Damit ist das Grundmuster der rechten Globalisierungskritik beschrieben, wie sie auch bei den Protesten gegen den G8-Gipfel vorgetragen werden soll. Die Globalisierung führe zu einer Verschlechterung der Lebensverhältnisse. Die NPD setzt dagegen auf den starken, wirtschaftlich autarken Nationalstaat. Kriege, die für die Nationaldemokraten nicht in deutschem Interesse liegen, werden gegeißelt. Damit will sich die NPD das auch in konservativen Kreisen virulente Unbehagen über die Kosten und politischen Folgen der zunehmenden Bundeswehreinsätze unter UN-Mandat zu Nutze machen.

Die rechte Globalisierungskritik wird von der NPD nicht nur im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel vorgebracht. Die Partei versucht in ihren Materialien auch am Alltagsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger anzuknüpfen. So wird auf der Homepage der NPD Mecklenburg-Vorpommern unter der Überschrift „Todfeind der Völker" gegen die Europäische Union und eine globalisierte Wirtschaft agitiert: „Industrie- und Handelskammer Rostock Seit' an Seit' mit Brüssel" heißt es da. Und nach NPD-Leseart werden die damit auch für Arbeitslosigkeit und Verschuldung verantwortlich gemacht.

Schon in der Vergangenheit wurde von der NPD und anderen rechtsextremen Gruppen zu Protesten gegen die Expo 2000 in Hannover oder gegen den Castortransport nach Gorleben aufgerufen. Meistens ist es allerdings bei den medienträchtigen Aufrufen geblieben. Darauf wollen sich aber die Nazigegner nicht verlassen. Sie haben für den 2. Juni in Schwerin schon eine antifaschistische Gegendemonstration angekündigt.

Peter Nowak

Netter Schwiegersohn

Die NPD expandiert im Kreis Düren.

Der Raum Düren entwickelt sich zu einer Hochburg der rechten Szene in Nordrhein-Westfalen. Am 29. Dezember hat sich der NPD-Ortsverband in einen eigenständigen Kreisverband umgewandelt. Beobachter schätzen dessen Stärke auf rund 50 Personen. Vor zwölf Monaten hatte die NPD in Düren nur sieben Mitglieder. Die Erfolgsgeschichte geht auf Ingo Haller zurück.

Der Mittdreißiger aus Inden-Pier gilt als Integrator für jung und alt sowie alle sozialen Schichten – wahlweise Chef, „Kamerad“, netter Schwiegersohn, großer Bruder oder Mädchenschwarm in der NPD-„Großfamilie“ (Haller). Er will bei den Wahlen 2009 mit „Kameraden“ in die Kommunalparlamente im Kreis Düren einziehen. Bei der NPD-Landesvorstandswahl NRW wird er im Jahre 2008 einen Vorstandsposten erringen, munkelt man.

Die NPD will unter seiner Leitung noch als Ortsgruppe eigenhändig in drei großen Aktionen fast 50 000 sozialdemagogische, ausländerfeindliche Flugblätter in Hausbriefkästen verteilt haben. In der am Bahnhof gelegenen Kneipe „Gütershop“ fanden regelmäßig Schulungen, Versammlungen und Stammtische statt. Dort feierten die NPD und die „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) oft Feste mit rund 100 Besuchern (bnr 23/06). Sogar einen „Galaball“ will Haller, abgelegen und unbemerkt von der Öffentlichkeit, im Saal einer anderen Gaststätte gefeiert haben. Dabei soll am 18. November eine örtliche Tanzkapelle für die knapp 200 NPD-Gäste aufgespielt haben. Unter Obhut von Hallers Gattin Christine will die NPD Frauen- und Jugendgruppen bilden sowie eine „nationale Zeitung“ mit Jugendteil produzieren.

Stellvertretender KV-Chef ist René Laube aus Langerwehe. Der bullige Skin ist KAL-„Kameradschaftsführer“ und einschlägig vorbestraft, unter anderem wegen Falschaussagen vor Gericht und Volksverhetzung. Zahlreiche KAL-Leute sind mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Doch Haller sagte, die KAL habe „bewiesen, dass sie effektiv und friedlich arbeiten“ könne. Man werde weiter eng kooperieren.

Michael Klarmann

Ausland

Kräftebündelung

Die extreme Rechte schließt sich zusammen.

Sie waren gegen die Osterweiterung der EU und den Beitritt Rumäniens und Bulgariens. Nunmehr haben sie unmittelbar davon profitiert: Fünf von 53 Europaparlamentariern aus den beiden neu beigetretenen Ländern gehören zur extremen Rechten in Gestalt der Großrumänienpartei (PRM) und der bulgarischen Partei Ataka (Angriff). Zusammen mit ihnen konnten die rechtsextremen Parteien erstmals seit 1994 wieder Fraktionsstärke im Europaparlament erreichen. Am 15. Januar 2007 legte der Chef des neuen Zusammenschlusses unter dem Namen „Identität, Tradition, Souveränität“ (IST), Bruno Gollnisch vom Front National (FN), in Strasbourg 20 Unterschriften von Abgeordneten vor. Zur Bildung einer Fraktion sind mindestens 19 Europaparlamentarier erforderlich.

Der neuen Fraktion gehören ferner auch die „Duce-Enkelin“ Alessandra Mussolini und ein weiterer Vertreter der italienischen „Traditionsfaschisten“, die drei Abgeordneten des belgischen separatistischen Vlaams Belang sowie der einzige Europaparlamentarier der österreichischen FPÖ an. Der britische Abgeordnete Ashley Mote, der 2004 auf der Liste der nationalkonservativen und EU-feindlichen United Kingdom Independance Party gewählt worden ist, ist ebenfalls dabei.

Der französische Front National gilt als Motor des Zusammenschlusses. Zu Hause konnte Parteichef Jean-Marie Le Pen zugleich einen anderen Erfolg feiern: Sein ehemaliger Rivale Bruno Mégret, der sich 1998/99 mit einer eigenen Partei vom FN abspaltete, aber erfolglos blieb, hat kurz vor Jahresende „ohne Gegenleistung“ zur Unterstützung Le Pens bei der Präsidentschaftswahl im Frühjahr aufgerufen. Die Tochter des Chefs und „strategische Leiterin des Präsidentschaftswahlkampfs“ Marine Le Pen ist aber gegen ein Bündnis mit Mégret. Ihr und den sie unterstützenden „Modernisierern“ ist Mégret zu sehr mit einem altbacken-rechtsextremen Geruch behaftet. Sie ist der Ansicht, dass Mégret in ein Bündnis kräftemäßig nichts einzubringen habe.

Bernhard Schmid

Grauzone

Gemeinnütziges Wirken

In der Schulungsstätte „Collegium Humanum“ geben sich Rechtsextremisten aller Schattierungen ein Stelldichein.

Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Wolfgang Aßbrock fordert die Schließung der bundesweit bekannten rechtsextremen Schulungsstätte „Collegium Humanum“ im nordrhein-westfälischen Vlotho (Kreis Herford) und ein Verbot dessen Trägervereins. In einem Brief an den NRW-Innenminister Ingo Wolf (FDP) betont Aßbrock, dass es den Bürgerinnen und Bürgern nicht länger zuzumuten sei, „dass der Staat in Sachen des als gemeinnützig anerkannten Vereins ‘Collegium Humanum – Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V.’ (CH) untätig bleibt.“ Kritik übt Aßbrock auch am NRW-Verfassungsschutz, der beim CH lediglich „Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen“ feststellen könne.

Das „Collegium Humanum“ wurde 1963 als Verein und 1968 als Haus begründet. Der eingetragene Verein bietet seit Jahrzehnten seine Bildungsstätte Rechtsextremisten unterschiedlicher Ausrichtung als Tagungshaus an. Bis Ende 2000 arbeitete das „Collegium Humanum“ eng mit dem 1960 gegründeten ökofaschistischen „Weltbund zum Schutze des Lebens – Bundesverband Deutschland e.V.“ (WSL-D) zusammen, der im Jahr 2001 seine Auflösung bekannt gegeben hat.

Gründungsvater des „Collegium Humanum“ ist der 1999 verstorbene Werner Georg Haverbeck (Jg. 1909). Haverbeck, Unterzeichner des rassistischen „Heidelberger Manifestes“ und des geschichtsrevisionistischen „Appells der 100“, war 1932 in der Reichsjugendführung für die weltanschauliche Schulung und Kulturarbeit verantwortlich, begründete 1933 den „Reichsbund Volkstum und Heimat“ und arbeitete als Referent im Stab von Führer-Stellvertreter Rudolf Heß.

Als Vorsitzende des „Collegium Humanum“ amtiert Ursula Haverbeck-Wetzel (Jg. 1928), vormals Ansprechpartnerin der Frauengruppe in der „Deutschland-Bewegung“ von Alfred Mechtersheimer, Gründungsmitglied des geschichtsrevisionistischen „Vereins Gedächtnisstätte“ und gemeinsam mit ihrem Mann Autorin des rechtsextremen Grabert-Verlages in Tübingen.

Einer der engsten politischen Weggefährten von Haverbeck-Wetzel, die in der Bundesrepublik eine „Diktatur der Fremdherschaft“ wähnt, ist seit Jahren der notorische Holocaust-Leugner und militante Antisemit Horst Mahler. Mahler, der seit 15. November 2006 eine 9-monatige Haftstrafe wegen Volksverhetzung verbüßt, gründete am 9. November 2003 in den Räumen des „Collegium Humanum“ den „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV). Der VRBHV, dessen stellvertretende Vorsitzende Haverbeck-Wetzel ist, führte vom 10. bis 12. November 2006 im „Collegium Humanum“ seine letzte Mitgliederversammlung durch. Mitbegründer des Vereins sind bekannte Holocaust-Leugner aus dem In- und Ausland.

Im „Collegium Humanum“ fanden in den vergangenen Jahren unter anderem auch Veranstaltungen des „Deutschen Kollegs“ und der „Reichsbürgerbewegung“ (RBB) statt. Am 16./17. Dezember versammelten sich dort rund 50 Rechtsextremisten zu einem „Kameradschaftstreffen“. Eingeladen hatte Meinolf Schönborn, vorbestrafter früherer Anführer der 1992 bundesweit verbotenen Neonazi-Truppe „Nationalistische Front“ (NF). Am 31. März 2001 gab es in den Räumen des „Collegium Humanum“ eine rechtsextreme Musikveranstaltung, die von einem Angehörigen der verbotenen „Blood&Honour“-Bewegung organisiert und geleitet wurde.

Eigene Veranstaltungen richtet das „Collegium Humanum“ nicht nur in Vlotho, sondern auch im thüringischen Mosbach bei Eisenach aus. Zuletzt wurde dort am 14./15. Oktober 2006 zum Thema „Das Verhältnis von Religion / Weltanschauung zum Staat“ getagt.

Als Vereinszeitschrift dient dem CH die zweimonatlich seit 1969 erscheinende Schrift „Stimme des Gewissens“ (Untertitel Lebensschutz-Informationen) mit einer Auflage von rund 3000 Exemplaren. Im Juni 2004 wurden Haverbeck-Wetzel und der „Schriftleiter“ Ernst Otto Cohrs aufgrund von Beiträgen in der „Stimme des Gewissens“ vom Amtsgericht Bad Oeynhausen wegen Volksverhetzung zu Geldstrafen verurteilt. Beide haben Rechtsmittel eingelegt.

Anton Maegerle

Demokratische Initiativen

„Verstörte Gesellschaft“

In der fünften Folge der „Deutschen Zustände“ zieht das Team um den Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer Zwischenbilanz: Menschenfeindlichkeit als Normalität.

Ist die Würde des Menschen in Deutschland antastbar? Deckt sich der Verfassungsanspruch mit dem gesellschaftlichen Klima? Fragen wie diese sieht der Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer im Zentrum der auf zehn Jahre angelegten Studien zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF), die sein Team in einer jährlichen Folge der „Deutschen Zustände“ publiziert. In diesem Sinne hatte der „blick nach rechts“ die Buchserie bereits vor Jahren als „zivilgesellschaftliche Demokratieschutzberichte“ bezeichnet.

In der Halbzeitbilanz nach fünf Jahren zeichnet sich ab, dass weniger dramatische Zuwächse der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ – also feindseliger Haltungen der Deutschen beispielsweise gegenüber Juden, Moslems, Homosexuellen und Obdachlosen – zu verzeichnen sind als eine Verfestigung entsprechender Einstellungen auf allzu hohem Niveau. Nicht zum ersten Mal betont Heitmeyer, solche Einstellungen hätten sich zur „bedrohlichen Normalität einer ‘verstörten Gesellschaft’“ entwickelt, „in der die Orientierungslosigkeit zunimmt“ (S. 16). Besonderes Augenmerk legen die Studien von Beginn an auf Menschen, die sich selbst zur politischen Mitte zählen. In dieser Gruppe weist die fünfte Folge eine kontinuierliche Zunahme fremdenfeindlicher Einstellungen aus – während solche Haltungen insgesamt nach einem deutlichen Anstieg in den Jahren 2003 bis 2005 ganz leicht zurückgegangen sind. Gegenüber dem Vorjahr erkennbar gesunken ist die Ablehnung von Behinderten, Homosexuellen und Obdachlosen, während sich der Anstieg islamfeindlicher Einstellungen in verschärftem Maße fortgesetzt hat. Ein präziser Wert des aktuellen „rechtspopulistischen Potenzials“ ist der fünften Folge der „Deutschen Zustände“ nicht zu entnehmen – es war im Vorjahr mit 26 Prozent angegeben worden und sei, so Heitmeyer, „recht stabil über die Jahre“.

In den vergangenen fünf Jahren haben sich die „Deutschen Zustände“ zu einem Faktor entwickelt, der die Aufmerksamkeit kontinuierlich auf feindselige Einstellungen lenkt. Über mangelnde mediale Resonanz konnte die Forschergruppe kaum klagen und hat sie – legitimerweise – gezielt hergestellt. Insofern überrascht es, dass Heitmeyer die ambivalenten Effekte des journalistischen Interesses hervorhebt, die aus seiner Sicht zwischen Sensibilisierung für ein Problem und Gewöhnungseffekt changieren. Auch an kritischen Hinweisen hat es nicht gefehlt: Nicht immer zu Unrecht betrafen sie insbesondere die Formulierung einzelner Statements, die den Befragungen zu Grunde liegen. Manche Forscher wünschten sich zudem mehr Abstimmungsbereitschaft des GMF-Projekts – übereinstimmende Statements würden die Vergleichbarkeit der Ergebnisse erhöhen.

„Partypatriotismus“ ist kein Erfolgsmodell

Innerhalb der Wissenschaft hat das Projekt den integrationstheoretischen Bielefelder Ansatz gestärkt. Gleichzeitig hat das Team diese theoretische Basis gegenüber ihren Ursprüngen in den 80er Jahren fortentwickelt und differenziert. Die gesellschaftliche Grundlage feindseliger Haltungen wird in Desintegrationsprozessen auf materieller, politischer und sozialer Ebene gesehen, die mit zunehmender Individualisierung und Orientierungslosigkeit verbunden seien. Dieser Ansatz wurde ehemals heftig kritisiert, auf eine „Modernisierungsverlierer-These“ verkürzt, ihm eine nostalgische Verklärung vergangener sozialer Milieus und eine Tendenz zur Verharmlosung des Rechtsextremismus unterstellt. Heitmeyer hat jüngst unterstrichen, dass er seinen Erklärungsansatz keineswegs als kulturpessimistisch verstanden wissen möchte – vielmehr als kapitalismuskritisch. Perspektivisch sind die internationalen Studien viel versprechend, die durch die Untersuchungen zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ angestoßen wurden. Ergebnisse liegen bislang nicht vor.

Zu den Stärken der „Deutschen Zustände“ zählen auch im neuesten Band die empirischen Einzelstudien sowie die Verbindung mit journalistischen Fallgeschichten. Eine der interessantesten Einzel-

studien der fünften Folge ist den Wirkungen des „Partypatriotismus“ während der Fußballweltmeisterschaft nachgegangen. Die Erkenntnis ist ernüchternd: Wenngleich der „kollektive Spieltrieb“ (Hans Mommsen) dem Anschein nach Brücken schlug zwischen ethnisch Deutschen und Migranten – ein Erfolgsmodell für die Integration der Gesellschaft ist er nicht. Julia Becker, Ulrich Wagner und Oliver Christ verweisen auf die Stärkung eines ausgrenzenden, mit fremdenfeindlichen Einstellungen verbundenen Nationalismus nach der Weltmeisterschaft, während „Patriotismus“ – im Sinne eines Verfassungspatriotismus im Anschluss an Dolf Sternberger und Jürgen Habermas – an Bedeutung verloren habe. In diesem Zusammenhang warnt Wilhelm Heitmeyer vor politischen Identifikationskampagnen, Patriotismus- und Leitkulturdebatten, die „als eine Art Ersatzanker in stürmischen sozialen Gewässern“ (S. 44) in Stellung gebracht würden. In der entsprechenden journalistischen Fallgeschichte beleuchtet Gerd Dembowski die „rassistische Realität in Stadien und auf Fußballplätzen“ (S. 217).

Thomas Pfeiffer

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt a.M. 2007, (Suhrkamp), 342 Seiten, 11 Euro.

Das Grauen erfahrbar machen

Video-Archiv des Shoa Foundation Institutes an der FU Berlin zur Dokumentation des Holocaust.

Der Film „Schindlers Liste“ gab 1993 neue Einblicke in das Schicksal von Holocaust-Überlebenden. Sein Regisseur Steven Spielberg wollte aber mehr: Angeregt durch Gespräche mit verfolgten Menschen, die die Nazi-Zeit überleben konnten, initiierte er die Shoa Foundation, deren Ziel es war, die Schilderungen Überlebender filmisch zu dokumentieren. Entstanden ist mittlerweile ein Video-Archiv, das aus nahezu 52 000 Gesprächen mit Zeitzeugen und Überlebenden besteht. Seit kurzem haben auch Studierende und Wissenschaftler der Freien Universität Berlin Zugriff auf dieses einzigartige Material.

Spielbergs Anstoß setzte einiges in Bewegung: Zwischen 1994 und 1999 interviewten zahlreiche Helfer in 56 verschiedenen Ländern fast 52 000 Menschen, das längste Gespräch dauerte mehr als 17 Stunden. Das gesamte Video-Material umfasst 120 000 Stunden – was 14 Jahren ununterbrochenes Anschauen der Interviews bedeuten würde. Um die Filmdokumente nutzbar zu machen, mussten sie ausgewertet und Schlagworten zugeordnet werden. Dank dieser aufwändigen Arbeiten können Nutzer nun gezielt Informationen zu Zwangsarbeit oder Ghetto finden; es gibt Schlagworte, die auf bestimmte Orte sowie auf einzelne, von den Nationalsozialisten verfolgte Gruppen, auf Namen, Nationalitäten und vieles andere mehr verweisen.

Das Video-Archiv erweitere die Möglichkeiten, erklärte FU-Präsident Dieter Lenzen bei der Präsentation des neuen Angebots Ende November 2006, „die Forschung über den Nationalsozialismus, insbesondere den Holocaust und die Rassenverfolgung, auf vielfältige Weise voranzutreiben“. Denn Geschichte bestehe eben nicht allein aus Daten und Fakten, sondern auch aus persönlichen Schicksalen. Eben diese dokumentiere das Archiv.

Der US-amerikanische Förderkreis „Friends of Freie Universität Berlin“ stellte den Kontakt zum Shoa Foundation Institute her und beteiligte sich darüber hinaus an der Finanzierung der Pflege des Video-Archivs.

Die Filmdokumente sollen dazu beitragen, die einzigartige Grausamkeit und Monstrosität des Holocaust auch für nachfolgende Generationen erfahrbar werden zu lassen. Und so könnten und sollten sie helfen, vergleichbare Gräueltaten zu verhindern, erklärte Hélène Sostarich-Barsamian, die Geschäftsführerin der „Friends of Freie Universität Berlin“. Als weiteren Zweck verfolgt die FU, mittels des Video-Archivs die Präsenzlehre zunehmend um multimediale E-Learning-Anwendungen zu ergänzen. Derzeit werden mit Wissenschaftlern verschiedener Fachbereiche Verwendungsmöglichkeiten der Interviews in Multimedia-Modulen erarbeitet.

Gudrun Giese

Weitere Informationen: www.vha.fu-berlin.de

Blick in die Zeitgeschichte

Die bedrohte Existenz

Ein Museum für den couragierten Lebensretter Otto Weidt in seiner früheren Bürstenfabrik.

Ohne Menschen wie Otto Weidt hätten im Berlin der Nazi-Zeit noch mehr Menschen ihr Leben verloren – mindestens vier Männer und Frauen. Der Kleinunternehmer beschäftigte ab 1939 in seiner Bürstenfabrik in der Rosenthaler Straße in Mitte überwiegend jüdische Menschen, besorgte in den Folgejahren für sie Kleidung, Lebensmittel und Verstecke, ja, er konnte sogar die Deportation seiner von den Nazis verfolgten Mitarbeiter zunächst verhindern.

An diesen mutigen und tatkräftigen Berliner erinnert seit kurzem, nach Umbauten und Erweiterung, eine Dauerausstellung am Originalschauplatz, der früheren Bürstenfabrik Otto Weidts im Seitenflügel der Rosenthaler Straße 39.

Woher Weidt eigentlich die Kraft für seine fortgesetzte Hilfe nahm, wird in der Ausstellung leider nicht deutlich. Fest steht allerdings, dass er schon als junger Mann bekennender Pazifist war, im Ersten Weltkrieg den Dienst an der Waffe umgehen konnte und von Anfang an den Nationalsozialismus ablehnte. Seine kleine Fabrikation nutzte er überlegt und planmäßig, um erblindete und stark sehbehinderte Juden vor Deportation und Ermordung zu retten. Denn Otto Weidt, der selbst nahezu blind war, konnte seine Beschäftigten lange Zeit gerade deshalb besonders gut vor den Nazis schützen, weil er „kriegswichtige“ Produkte – Bürsten und Besen – herstellen ließ. Mehrmals holte der Unternehmer Mitarbeiter mit diesem Argument von der Gestapo zurück; manches Mal half er mit dem einen oder anderen Geschenk nach.

„Er selbst ging zum Sammellager in der Großen Hamburger Straße, um sie zurückzuholen“, sagte die Schriftstellerin und Holocaust-Überlebende Inge Deutschkron in ihrer Rede zur Wiedereröffnung des Museums Anfang Dezember 2006. „Zeugen haben gesehen, wie Weidt seine Blinden aus der Großen Hamburger Straße über die Oranienburger in die Rosenthaler Straße zurückführte.“ Inge Deutschkron ist einer der – mindestens – vier Menschen, die Otto Weidt ihr Überleben in der Nazi-Zeit verdanken. Und die Schriftstellerin hat seit 1999 maßgeblich dazu beigetragen, das Museum aufzubauen. Denn lange Zeit wollte in Deutschland kaum jemand etwas über mutige Helfer wie Otto Weidt wissen, die für Juden Verstecke, Lebensmittel, gefälschte Ausweise oder Fluchtwege ins sichere Ausland organisierten.

Die Dauerausstellung in einem Teil der ehemaligen Bürstenfabrik vermittelt einen gelungenen Einblick in den damaligen Alltag, der von Tag zu Tag, von Woche zu Woche schwieriger und bedrohlicher für die Beschäftigten wurde. Otto Weidt bot der vierköpfigen Familie Horn in einem durch einen Schrank verborgenen kleinen Raum seiner Fabrik über längere Zeit ein sicheres Versteck – bis sie bei einer Razzia entdeckt wurde. Die Familie wurde wie auch die Mehrzahl der früheren Fabrik-Mitarbeiter später nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Weidt versuchte allerdings stets, seinen Beschäftigten auch noch im Konzentrationslager zu helfen. Im Fall seiner früheren Sekretärin Alice Licht gelang es ihm sogar, sie bei und nach der Flucht aus dem Lager Christianstadt zu unterstützen. Die zunächst nach Theresienstadt deportierten Mitarbeiter versorgte er mit regelmäßigen Lebensmittelsendungen – von 1943 bis 1944 schickte Otto Weidt mehr als hundert Pakete in das Lager.

Die sehr informative Ausstellung zeigt eine Reihe von Fotos, Originaldokumenten, Maschinen zum Bürstenbinden und liefert Informationen auf Texttafeln sowie mit audiovisuellen Vorträgen. Das „Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt“ ist mittlerweile Bestandteil der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, sein Ausbau wurde durch EU-, Bundes- und Landesmittel finanziert.

Gudrun Giese

Rosenthaler Str. 39, Erster Hof, linker Aufgang, Tel. 030/285 99 407, www.museum-blindenwerkstatt.de Öffnungszeiten: Montag bis Sonntag von 10.00 bis 20.00 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Tage der Erinnerung

Im Jahr 1947 wurden wichtige Prozesse wegen nationalsozialistischer Verbrechen in Nürnberg sowie in Bratislava und Warschau geführt – einige verurteilte NS-Schergen endeten am Galgen.

1947, das zweite Jahr nach der Befreiung vom Nationalsozialismus beginnt mit einer für Westdeutschland wichtigen Entscheidung der britischen und der amerikanischen Behörden. Nach der Aufteilung Deutschlands in eine sowjetische, eine englische, eine amerikanische und eine französische Besatzungszone verkünden Briten und Amerikaner, ihre Zonen am 1. Januar 1947 zu einer BI–Zone zusammen zu legen. Damit ist ein entscheidender Schritt zur Gründung der Bundesrepublik getan. Was fehlt, ist die Zustimmung von Paris, seine Zone in Südwestdeutschland mit der BI-Zone zu vereinigen. Dies folgte kurze Zeit später und führte 1949 zur BRD.

In Nürnberg ist zwar der erste große Prozess gegen 24 hohe NS-Repräsentanten Ende 1946 beendet worden. Die USA ziehen sich aber nicht aus der Stadt zurück, sondern bereiten weitere Strafverfahren vor. Nach einem Gesetz der vier Siegermächte sind die Besatzungstruppen berechtigt, in ihren Zonen weitere Vertreter des NS-Regimes zur Verantwortung zu ziehen. US-Militärgerichte klagten bis 1949 insgesamt 177 Personen in zwölf Prozessen an. Dazu blieben 30 zivile US-Richter in Nürnberg. Die 100 Ankläger wurden von 1 600 Mitarbeitern unterstützt. 200 vorwiegend deutsche Rechtsanwälte übernahmen die Verteidigung der Beschuldigten, deren Kosten die USA trugen.

Am 5. März 1947 begann in Nürnberg der „Juristenprozess“. In ihm mussten sich deutsche Juristen verantworten, die an „Blutschutz“- und „Rassenschande“-Verfahren beteiligt gewesen waren. Die Verhandlung dauerte bis zum 4. Dezember 1947 und führte lediglich zur Verurteilung von zwei Richtern. Ihre lebenslangen Haftstrafen endeten allerdings bereits in den frühen 50er Jahren.

Der 16. April 1947 gehört untrennbar zur Geschichte des größten Konzentrations- und Vernichtungslagers, also zu Auschwitz. Das Lager war am 27. Januar 1945 von Truppen der Roten Armee befreit worden. Deshalb ist dieser Tag seit Mitte der 90er Jahre in Deutschland der zentrale Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Erster Chef des Lagers war Rudolf Höss (1900 – 1947). Er übernahm im Mai 1940 als SS-Obersturmbannführer die Lagerleitung und blieb dort mit kurzer Unterbrechung bis zur Räumung 1945. Nach der Befreiung nannte sich Höss Franz Lang. Er geriet in britische Kriegsgefangenschaft, aus der er allerdings bald entlassen wurde. Danach verdingte er sich in Norddeutschland in der Landwirtschaft, wurde im März 1946 erkannt, festgenommen, polnischen Behörden übergeben und zuerst nach Warschau, später nach Krakau gebracht. Anschließend kam er vor den Obersten Polnischen Gerichtshof. Dort schrieb er sein Tagebuch „Kommandant in Auschwitz“. Das Todesurteil durch den Strang wurde vor 60 Jahren am 16. April 1947 in Auschwitz vollstreckt.

Tod durch den Strang für den Kommandanten von Auschwitz

Am 8. April 1947 begann der zweite „Nürnberger Nachfolgeprozess“. Es ging um die Verbrechen des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamts, der Zentrale des KZ-Systems. Angeklagt waren 18 Männer, an ihrer Spitze der Chef des Amtes, Oswald Pohl. Er und sein engster Mitarbeiter wurden am 3. November 1947 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Zwölf Beschuldigte erhielten lebenslange oder zeitlich begrenzte Freiheitsstrafen, die aber nach wenigen Jahren verbüßt waren. Drei Angeklagte wurden frei gesprochen.

Ebenfalls am Galgen endete vor 60 Jahren einer der übelsten Kollaborateure des NS-Regimes – ein radikaler, antisemitischer katholischer Priester: Jozef Tiso (1887 – 1947). Er war Staatspräsident der Slowakei, einem Satellitenstaat Hitler-Deutschlands. Als Antisemit wollte er die Juden zwar loswerden, aber nicht in seinem Namen ermorden lassen. Deshalb hatte er nichts gegen die Auslieferung der slowakischen Juden an die SS einzuwenden. Etwa 1 100 besonders reiche, möglichst katholisch getaufte Juden unterstellte er allerdings seinem Schutz, sodass sie nicht deportiert wurden. Selbst als der Vatikan Tiso 1943 davon informierte, dass die Juden ermordet wurden, übergab er die anderen slowakischen Juden weiter der SS. Damit ist zugleich bewiesen, dass der Vatikan früh Bescheid wusste und trotzdem nicht protestierte. Tiso blieb bis zur Befreiung Bratislavas in der Slowakei, floh 1945 nach Bayern, wurde dort aber erkannt, ehe er nach Rom zu dem faschistischen Bischof Alois Hudal gelangen konnte, der vielen NS-Verbrechern die Flucht

nach Südamerika ermöglichte. Tiso wurde zurück nach Bratislava gebracht, vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Gegen das Urteil gab es massive internationale Proteste vorwiegend aus katholischen Kreisen. Die slowakische Regierung gab dem Druck aber nicht nach. Am 18. April 1947 starb Jozef Tiso in Bratislava am Galgen.

Strafverfahren gegen Manager der IG Farben

Zu den Nürnberger Nachfolgeprozessen gehört auch das Strafverfahren gegen führende Manager des IG Farbenkonzerns. In der Anklage ging es zentral um die Beteiligung des größten Chemiegiganten der Welt an der Vorbereitung und Führung des Zweiten Weltkrieges. Die Firmen Bayer, Hoechst und BASF hatten sich schon während des Ersten Weltkrieges zu einer Interessengemeinschaft (IG) zusammengetan. Nachdem es ihnen gelungen war, synthetisch Gummi und Treibstoff herzustellen, boten sie sich den Nazis an, weil Deutschland nun unabhängig von ausländischen Importen zu sein schien. Der Konzern spendete im Februar 1933 der NSDAP 400 000 Reichsmark, die höchste Spende, die die Partei jemals bekommen hatte. Während des Zweiten Weltkrieges beschäftigte der Konzern Zehntausende von Zwangsarbeitern. In der Nähe des Stammlagers Auschwitz baute die IG für die Produktion von Treibstoff das Außenlager Monowitz. Das Gas Zyklon B für die Gaskammern in den Vernichtungslagern lieferte die Firma Degesch, an der die IG Farben maßgeblich beteiligt war. Dennoch gehörte diese Beihilfe zum Massenmord nicht zu den Anklagepunkten des am 3. Mai 1947 beginnenden Strafverfahrens in Nürnberg. Die US-Richter verurteilten einige der 23 Angeklagten zu lächerlich niedrigen Freiheitsstrafen. Anfang der 50er Jahre saß keiner mehr in Haft. Ein erbärmlicher Ausgang, dessen Hintergründe noch immer nicht erforscht sind.

Ein Datum, an das in diesem Jahr wohl zu Recht nicht erinnert werden wird, ist der 18. Juli 1947. An diesem Tag wurden die im ersten Nürnberger Prozess zu Freiheitsstrafen verurteilten sieben Täter von Nürnberg nach Berlin-Spandau verlegt. Dort blieben sie bis zu ihrer vorzeitigen Entlassung wegen Haftunfähigkeit wie in den meisten Fällen oder bis zum Ende der Strafhaft wie im Fall des Albert Speer, der 1966 frei kam. Der zu lebenslanger Haft verurteilte Rudolf Heß nahm sich am 17. August 1987 das Leben. Er war der letzte „Spandauer".

Hunderttausende Juden wurden von SS-Einsatzgruppen ermordet

Wenige wirklich wichtige Ereignisse sollen mit kurzen Hinweisen ins Gedächtnis gerufen werden. Viele von ihnen dürften noch im Gedächtnis der Zeitgenossen lebendig sein.

Das gilt zwar wahrscheinlich nicht für den Beginn des Strafverfahrens gegen 22 Angeklagte SS-Führer wegen der Verbrechen der SS-Einsatzgruppen, die in Polen und besonders in der UdSSR hinter der Front Hunderttausende von Juden und kommunistischen Kommissaren ermordet haben. Der Prozess begann am 25. Juli 1947 in Nürnberg und endete mit 14 Todesurteilen und acht Freiheitsstrafen. Fünf Todesurteile wurden auch vollstreckt, die Freiheitsstrafen endeten allesamt Anfang der 50er Jahre.

1952 war der 10. September ein herausragendes Datum für die BRD und den Staat Israel, weil an diesem Tag die „Luxemburger Verträge" unterzeichnet wurden. Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtete sich, dem Staat Israel beim Aufbau mit vielen Millionen DM zu helfen. Das Geld wurde allerdings nicht bar ausgezahlt, sondern ging in Form von Sachlieferungen nach Israel. So entstanden hier viele Arbeitsplätze, während in Israel Maschinen und vieles andere mehr ankamen. Für die Bundesrepublik Deutschland wurde durch die Verträge der Weg in die Völkergemeinschaft endgültigfrei.

Nicht vergessen werden darf der 5. September 1972. Mitten während der Olympischen Sommerspiele in München überfielen palästinensische Terroristen die israelische Mannschaft in ihrem Quartier. Etliche Sportler wurden an Ort und Stelle ermordet, andere mussten als Geiseln die Banditen auf ihrem Rückflug begleiten. Die „Spiele" wurden trotz des Terrors nicht unterbrochen. Israels Regierung konnte im Lauf der Jahre mit Hilfe seines Geheimdienstes Mossad fast alle Täter aufspüren und Rache nehmen. Das Buch „Rache für München; Terroristen im Visier des Mossad" von Michael Bar-Zohar und Eitan Haber ist 2006 im Droste -Verlag in Düsseldorf erschienen.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Schlag gegen „Donnerschlag"

Dortmund – Das Landgericht in Dortmund hat mit einer Räumungsklage verfügt, dass der von der rechtsextremen Szene intensiv genutzte Laden „Donnerschlag" sein bisheriges Domizil verlassen muss. Hintergrund waren rückständige Mietzahlungen an den Besitzer für den Monat November 2006 – ein Vorgang, der nicht das erste Mal bei dem Neonazitreff im Stadtteil Dorstfeld zu registrieren war. In der Rheinischen Straße 139 hatte das Geschäft nach seiner Eröffnung im Frühjahr 2005 einen richtigen Sog erzeugt, denn gegenüber ließ sich für kurze Zeit auch ein Tattoo- und Piercing-Studio, betrieben von der NPD-Bundestagskandidatin Anke Salterberg, nieder. Salterberg hat nach Behördenauflagen bezüglich Hygienevorschriften ihr Studio Ende 2006 bereits geschlossen. Welche geschäftlichen Pläne der als Betreiber für den „Donnerschlag" fungierende Andreas Obach und der mit den Ladenaktivitäten ebenfalls befasste ehemalige Kameradschaftsführer Carsten Köppe nun haben, ist nicht bekannt. (hf)

Neonazi-Helfer in Not

Berlin – Das „Braune Kreuz" – eine Sanitätertruppe für rechtsextreme Veranstaltungen – ist in finanzielle Turbulenzen geraten. Bei Demonstrationen der Szene und im Internet kursiert derzeit ein Spendenaufruf. Darin wird über einen Rechtsstreit mit dem Deutschen Roten Kreuz geklagt, der mit „immensen finanziellen Kosten verbunden" sei. Demnach geht das DRK gegen den Namen und das Symbol der vor rund zehn Jahren gegründeten Neonazi-Organisation vor: einem auf Armbinden und Westen getragenen braunen Kreuz. Dem Spendenaufruf zufolge geht es um einen Streitwert von 50 000 Euro. Anwalts- und eventuelle Gerichtskosten werden auf „vorerst ca. 2 700 Euro" beziffert. Auf Namen und Symbol werde man verzichten müssen, heißt es in dem Aufruf. Dies werde aber die Arbeit der Truppe nicht beeinträchtigen. (ts)

Deutsche Partei gegen „Vermischung"

Mannheim – Der Kreisverband Mannheim der Deutschen Partei (DP) ist dem rechtsextremen „Schutzbund für das Deutsche Volk" (SDV) beigetreten. Der fremdenfeindlich agitierende SDV will die „Erhaltung der ethnischen und kulturellen Eigenart des deutschen Volkes", fordert eine verstärkte Ausländerrückführung und spricht sich insbesondere gegen jede „Vermischung" mit „fremden Rassen, Kulturen und Religionen", namentlich auch in Gestalt von „Mischehen", aus. Mannheimer Kreisvorsitzender der ultrarechten Splitterpartei DP ist Johannes Schwefel, vormals Kreisvorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) und Ansprechpartner des Deutschen Arbeitnehmer-Verbandes (DAV), einer extrem rechten Gewerkschaft. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de